

**EINLADUNG ZUR
DELEGIERTENVERSAMMLUNG
SAMSTAG, 2. März 2013**

Solothurn

Landhaus

Beginn : 10.30 Uhr

*Wichtig: Die Delegierten erhalten mit diesem Heft eine Delegiertenkarte.
Diese muss zu Beginn der Delegiertenversammlung am Eingang des
Tagungsortes gegen eine Stimmkarte ausgetauscht werden. Wir erinnern
die Delegierten daran, dass verlorene oder vergessene Delegiertenkarten
grundsätzlich nicht ersetzt werden können.*

Für Anträge bitte Adresse oder E-Mail auf Seite 6 verwenden

TERMINÜBERSICHT 2013

Samstag, 29. Juni 2013 (Ort noch offen)

Samstag, 26. Oktober 2013 (Ort noch offen)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Es ist kein Zufall, dass wir uns am 2. März in Solothurn versammeln. An diesem Wochenende wollen wir nicht nur die Abstimmungen zur Abzockerinitiative, zum neuen Raumplanungsgesetz und zum Familienartikel gewinnen – wir wollen auch die Wahlen gewinnen! In Solothurn stehen mit Peter Gomm (bisher) und Andreas Bühlmann (neu) «Zwöi wo's chöi» zur Wahl – mit diesem Duo soll ein Sitzgewinn in der Regierung gelingen. Im Nachbarkanton will die SP mit der Wahl von Eric Nussbaumer die rot-grüne Wende im Regierungsrat von Baselland herbeiführen und im Wallis mit Esther Waeber-Kalbermatten – der ersten und einzigen Frau in der Walliser Kantonsregierung – ihren Sitz verteidigen.

Bereits stehen aber schon die nächsten Abstimmungen bevor. An der letzten DV haben die Delegierten beschlossen, das Referendum gegen das Asylgesetz nicht zu unterstützen. Nach dem Zustandekommen des Referendums steht nun die Parolenfassung zur dringlichen Revision an; ebenso zum Epidemiengesetz sowie zur Initiative der SVP für eine Wahl des Bundesrats durch das Volk. In dieser Debatte werden wir auch unsere Haltung zur Resolution Wermuth et al. behandeln, welche SP-interne Vorwahlen für Bundesratskandidatinnen und –kandidaten fordert.

Im Zentrum der DV vom 2. März steht jedoch die Altersvorsorge. Nach nur knapp einem Jahr im Amt hat Bundesrat Alain Berset ein Paket zur Altersvorsorge 2020 präsentiert. Die Reform soll eine Gesamtbetrachtung der ersten und zweiten Säule umfassen, Ziel ist der Erhalt des Rentenniveaus. Endlich hört man neue Töne aus dem Bundesrat, folgten doch frühere Reformversuche einer reinen Abbaulogik und dem Ziel, das Rentenalter auf 67 zu erhöhen. Diese Strategie hat in der Vergangenheit wiederholt Schiffbruch erlitten und eines ist klar: Es braucht die SP in diesem Prozess, denn eine Mehrheit im Volk wird es ohne SP nicht geben. Mit unserem Grundsatzpapier zur Altersvorsorge steigen wir frühzeitig in die Debatte ein. Wir wollen aufzeigen, welche Ziele die SP bei der Reform der Altersvorsorge verfolgt, damit sie ein Gewinn für alle wird. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche und spannende DV in Solothurn!

Mit herzlichem Gruss

Leyla und Flavia

Co-Generalsekretärinnen SP Schweiz

PROVISORISCHE TRAKTANDENLISTE DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM SAMSTAG, 2. MÄRZ 2013 IN SOLOTHURN

Dauer: 10.30 Uhr–15.30 Uhr

10.30 1. Eröffnungsgeschäfte

*Grusswort von Peter Gomm, Regierungsrat Kanton Solothurn
Grusswort von Andreas Bühlmann, Chef Amt für Finanzen
Kanton Solothurn, Regierungsrats-Kandidat*

10.45 2. Mitteilungen

**10.50 3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz,
Ständerat FR**

11.10 4. Rede Bundesrat Alain Berset

**11.30 5. Debatte zur Altersvorsorge und Beschluss über die
Unterstützung der Initiative «AHV plus»**

12.40 6. Budget 2013

**13.30 7. Parolenfassung 9. Juni 2013 (vom Bundesrat noch nicht
bestätigt)**

a) Initiative «Volkswahl des Bundesrates» und
Beschluss Resolution Wermuth et al. Vorwahlen Bundesrat

b) Referendum gegen das Epidemiengesetz

c) Referendum gegen das Asylgesetz

14.30 8. Resolutionen und weitere Anträge

R-1: Resolution SP Appenzell Innerrhoden: Schaffung eines
Menschenrechts auf Arbeit in der eigenen Heimat
*sowie weitere Anträge und Resolutionen, welche bis zur
Eingabefrist am 10. Februar 2013 eingereicht werden.*

15.30 9. Schluss / Apéro

WICHTIGE HINWEISE

DV-Unterlagen

1. DV-Heft mit Traktandenliste
2. Delegiertenkarte

Protokoll

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 1. Dezember 2012 in Thun wird zusammen mit der Tischvorlage am **Dienstag, 26. Februar 2013 ab 17.00 Uhr** im Internet veröffentlicht und kann unter www.spschweiz.ch/dv eingesehen und heruntergeladen werden.

Anträge und Resolutionen

Alle Anträge und Resolutionen müssen bis **Sonntag, 10. Februar 2013 18.00 Uhr** beim Zentralsekretariat der SP Schweiz sein. Diese werden vom Zentralsekretariat übersetzt und an der Delegiertenversammlung als Tischvorlage aufgelegt.

Wo müssen Anträge und Resolutionen hingeschickt werden?

SP Schweiz, Delegiertenversammlung, Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern

Fax: 031 329 69 70, E-Mail: dv@spschweiz.ch

Telefonische Auskunft zur DV, Andrea Bauer: 031 329 69 65

Empfehlungen der Geschäftsleitung, Tischvorlage

Die Tischvorlage mit den Stellungnahmen der GL zu eingegangenen Anträgen und Resolutionen wird am **Dienstag, 26. Februar 2013 ab 17.00 Uhr im Internet** veröffentlicht (www.spschweiz.ch/dv) und am Samstag, 2. März 2013 den Delegierten verteilt.

Delegiertenkarten

Alle uns gemeldeten stimmberechtigten Delegierten erhalten mit diesen Unterlagen ihre Delegiertenkarte. Diese muss an der DV am Empfangsschalter gegen eine Stimmkarte eingetauscht werden. Wir machen darauf aufmerksam, dass verlorene bzw. zu Hause liegengelassene Delegiertenkarten an der Delegiertenversammlung nur in äussersten Fällen ersetzt werden können!

Wortmeldungen und Anträge

Die Wortmeldezettel liegen an der DV beim Podium bereit. Sie müssen gut leserlich und komplett ausgefüllt dem/der TagungssekretärIn vorne beim Podium eingereicht werden. Anträge sind ebenfalls schriftlich mit dem Wortmeldezettel zu stellen.

Simultanübersetzung

Die Verhandlungen werden simultan französisch/deutsch und deutsch/französisch übersetzt. Aus Kostengründen bitten wir, dass nur jene

Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kopfhörer beziehen, die auf die Simultanübersetzung angewiesen sind. Die Kopfhörer müssen unbedingt nach der DV wieder beim Ausgang zurückgegeben werden.

Verpflegung während der Delegiertenversammlung

Während der ganzen Tagung ist ein Getränke- und Snackbuffet eingerichtet.

Zugsverbindungen

Die Zugverbindungen mit den wichtigsten Schnell- & Intercityzügen nach Solothurn sind ersichtlich aus den Fahrplaninformationen unter www.sbb.ch/fahrplan und beim Rail Service 0900 300 300 (Chf 1.19/Min).

Tagungsort

Das Landhaus liegt am **Landhausquai 4, 4500 Solothurn**.

Situationsplan und Anreise

Den Veranstaltungsort erreicht man vom Bahnhof Solothurn **zu Fuss über die Hauptbahnhofstrasse** in 5 Minuten. Eine Bushaltestelle hat es nicht in unmittelbarer Nähe.



TRAKTANDUM 5: DEBATTE ZUR ALTERSVORSORGE UND BESCHLUSS ÜBER DIE UNTERSTÜTZUNG DER INITIATIVE «AHV plus»

→ Hinweis an die Delegierten

Wir stehen am Anfang einer langen und wichtigen Diskussion über die Zukunft der Altersvorsorge. Es ist wichtig, dass wir uns deutlich zu den Zielen äussern, die wir in dieser Reform verfolgen. Die Geschäftsleitung hat deshalb diese Form der Zielformulierung gewählt und bewusst auf ein umfassendes Positionspapier verzichtet. Die Geschäftsleitung bittet die Delegierten mit ihren Anträgen diese Form mitzutragen. Wir freuen uns auf die Diskussion!

Eine Altersvorsorge für alle statt für wenige!

Einleitung

Die Altersvorsorge ist der Dreh- und Angelpunkt des Sozialstaates. Die von ihr garantierten Ersatzeinkommen sind ein ganz wesentliches Element der Solidarität: zwischen Erwerbstätigen und Rentnern einerseits, zwischen Arbeitgeberinnen und Angestellten andererseits.

Während Jahrzehnten, vor allem in den prosperierenden Nachkriegsjahren, war die SP bemüht, die Renten zu verbessern und dadurch die unter den Rentnerinnen und Rentnern verbreitete Armut zu verringern. Wenn es heute um die langfristige Konsolidierung des AHV- und BVG-Systems geht, gilt es vorab die übergeordneten politischen Ziele und das empfindliche Gleichgewicht zu beachten, die den Schutz sowohl der Versicherten als auch der Leistungsempfängerinnen und -empfänger gewährleisten. Das politische Handeln darf nicht von einseitigen Sozialabbau-Gelüsten geleitet sein. Für die SP ist «Reform» nie und nimmer gleichbedeutend mit «Reduktion der Sozialleistungen».

In der anstehenden Reform verfolgt die SP Schweiz folgende sieben Ziele:

1. Existenzsichernde Renten!

Es ist offensichtlich, dass das heutige AHV-Rentenniveau zu tief ist, um das Existenzminimum abzudecken, wie es in der Bundesverfassung formuliert ist. Ziel der SP ist deshalb die Erhöhung der AHV-Renten, wie es die Initiative «*AHV plus*» fordert.

2. Rentenalter mit ökonomischer Gleichstellung zwischen den Geschlechtern verknüpfen!

Obwohl die Frauen gemäss Verfassung und Gleichstellungsgesetz Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit haben, wird diese längst überfällige Forderung in der Arbeitsrealität nicht eingehalten. Eine Erhöhung des Frauenrentenalters würde deshalb die Frauen noch mehr benachteiligen. Ziel der SP ist, die Frage des Frauenrentenalters mit der ökonomischen Gleichstellung, insbesondere der Lohngleichheit zu verknüpfen.

3. Ein Lebensarbeitszeitmodell für alle!

Ziel der SP ist ein Rentensystem, das nebst dem Alter auch die Beitragsjahre berücksichtigt. In dieser Reform wollen wir die Grundlagen legen für einen fundamentalen Systemwechsel und die Festlegung einer Anzahl Beitragsjahre, die unterschiedslos zum Bezug von AHV- und BVG-Leistungen berechtigen!

4. Kapitalwachstum in der zweiten Säule stoppen!

In der zweiten Säule sind 640 Milliarden Franken Vermögen akkumuliert. Diese müssen so angelegt werden, damit der Mindestzins erwirtschaftet werden kann. Dieser Anlagezwang hat viele negative Effekte, zum Beispiel auf dem Immobilien- und Bodenmarkt. Ziel der SP ist, einerseits die Gewichte zwischen den Säulen zu verschieben und dabei die erste Säule zu stärken. Andererseits will die SP den wachsenden Anlagebedarf der zweiten Säule durch den Ausbau des Umlageverfahrens (Sicherheitsfonds) innerhalb der zweiten Säule bremsen.

5. Transparenz und *Good Governance* in der zweiten Säule!

Was das BVG betrifft, ist das akkumulierte Vermögen in der zweiten Säule Eigentum der Lohnabhängigen dieses Landes. Ziel der SP ist es sicherzustellen, dass dieses Geld vollumfänglich den Versicherten zukommt. Ihnen dieses Alterskapital nicht vollständig zuzugestehen, kann nicht zur Debatte stehen. Ziel der SP ist zudem die volle Transparenz in der zweiten Säule und die Durchsetzung von *Good Governance*-Grundsätzen in der Unternehmensführung.

6. Sichere Renten statt Pflasterlipolitik über Ergänzungsleistungen!

Weil die AHV-Renten für viele Menschen heute zu gering sind und eine beachtliche Zahl keine oder nur eine kleine zweite Säule haben, sind sie auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Ziel der SP ist es, die Renten so zu erhöhen, dass von der aufwändigen und ineffizienten Pflasterlipolitik über Ergänzungsleistungen abgekommen werden kann.

7. Finanzierung sozialverträglich sichern!

Ziel der SP ist die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer, die einen wesentlichen Beitrag zur finanziellen Sicherung einer starken AHV leistet. Ebenso wird sich die SP für eine Korrektur der AHV-schädlichen Entwicklung in der Unternehmenssteuerreform einsetzen.

SGB-Initiative «AHV *plus*» : Gute Renten für alle statt für wenige!

Die Sozialpolitik gehört seit jeher zu den Kernthemen der SP. Hier hat sie ihre grössten Erfolge errungen. So trug die SP zusammen mit den Gewerkschaften entscheidend zur Schaffung der AHV bei, einer der wichtigsten Säulen unserer Altersvorsorge und unseres Sozialstaats. In der Bevölkerung geniesst die AHV breite Unterstützung. Diese gilt es zu festigen: Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen wichtige Werte unserer Gesellschaft bleiben. Im Jahr 2011 waren mehr als 17 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz 65 Jahre oder älter. In den letzten Jahren wurde das Bild vermittelt, die Rentnerinnen und Rentner in unserem Land seien «reich» und würden meist in Wohlstand leben. Doch die Realität ist bei weitem nicht so rosig! Zahlreiche Rentnerinnen und Rentner kämpfen mit finanziellen Problemen und können diesen Lebensabschnitt nicht in Würde verbringen. Die SP will dieser inakzeptablen Situation Abhilfe verschaffen. Sie unterstützt eine Erhöhung der Altersrenten in der AHV.

Deckung des Existenzminimums

Dank der ersten und zweiten Säule (AHV und BVG) sollten AHV-Rentnerinnen und –Rentner ihre gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise fortsetzen können. So ist es wörtlich in der Bundesverfassung festgehalten. Menschen mit einem niedrigen, aber auch mit einem mittleren Einkommen schaffen dies leider nicht und müssen sich einschränken –manchmal sogar in drastischem Ausmass. Denn im Gegensatz zum verfassungsmässigen Auftrag decken die derzeitigen AHV-Renten nicht einmal das Existenzminimum. Zahlreiche Rentnerinnen- und Rentner-Haushalte sehen sich mit grösseren Geldproblemen konfrontiert und riskieren in die Armut abzugleiten. Die AHV-Renten zu erhöhen, ist deshalb ein unbedingt notwendiges Volksbegehren. Die Altersrenten sind heute zu tief und müssen erhöht werden, wie dies die Initiative «AHV *plus*» fordert.

Stärkung der AHV

Die Initiative des SGB fordert, dass die Altersrenten in der AHV linear um zehn Prozent erhöht werden. Der Initiativtext lautet:

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Übergangsbestimmungen nach Annahme der Bundesverfassung vom 18. April 1999

Übergangsbestimmung zu Art. 112 (Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung)

- *Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente haben Anspruch auf einen Zuschlag von 10 Prozent zu ihrer Rente.*
- *Der Zuschlag wird spätestens ab Beginn des zweiten Kalenderjahrs ausgerichtet, das der Annahme der Bestimmung durch Volk und Stände folgt.*

Die Erhöhung würde als Zuschlag auf sämtlichen Altersrenten ausbezahlt. Die übrigen Rentenleistungen der AHV würden auch künftig auf den heute geltenden Formeln basieren. Die IV-Renten wären von dieser Änderung eben so wenig betroffen wie die berufliche Vorsorge. Die Minimalrente in der AHV stiege damit um 116 Franken pro Monat an, die maximale Rente um 232 Franken. Die volle (plafonierte) Rente für Ehepaare stiege um 348 Franken auf 3861 Franken. Indem die AHV-Renten linear erhöht werden, profitieren in erster Linie die Menschen mit einem tiefen oder mittleren Einkommen. Denn in der AHV spielt das Prinzip der Solidarität zwischen den Versicherten: Jene mit einem höheren Einkommen zahlen höhere Renten als eigentlich nötig wäre, um ihre Rente zu finanzieren.

Finanzielle Folgen

Die lineare Erhöhung der Altersrenten um zehn Prozent würde Mehrkosten in der Höhe von 3,6 Milliarden Franken jährlich verursachen. Die Initiative will keine Vorschriften machen, wie dieser Betrag finanziert werden soll. Denkbar wäre etwa, die Erträge aus einer nationalen Erbschaftssteuer dafür einzusetzen. Dies fordert die Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV», welche bald zustande kommen wird. Die Besteuerung von Erbschaften über zwei Millionen würde der AHV jedes Jahr zusätzliche Einnahmen in der Höhe von zwei Milliarden Franken bescheren. Eine andere oder zusätzliche Massnahme bestünde darin, die Lohnbeiträge zu erhöhen. Werden die Mehrkosten nur über die Lohnbeiträge finanziert, wäre eine

Erhöhung um 0,55 Prozent für die Arbeitgebenden wie für die Arbeitnehmenden notwendig. Für Arbeitnehmende mit einem jährlichen Bruttolohn von 54'000 Franken bedeutet dies eine Erhöhung der Lohnabzüge um 297 Franken. Ihre Jahresrente stiege damit um mehr als 2000 Franken. Arbeitnehmende mit einem jährlichen Bruttolohn von 80'000 Franken kommen auf einen zusätzlichen Lohnabzug von 440 Franken und eine Erhöhung der jährlichen Altersrente um fast 2800 Franken.

Schlussfolgerung

Der Verfassungsauftrag, wonach die AHV die Grundbedürfnisse in angemessener Art und Weise decken sollte, wird klar mit Füßen getreten. Zahlreiche Rentnerinnen und Rentner sind von Armut und sozialem Ausschluss bedroht. Diesem Missstand muss ein Ende gesetzt werden. Die SP unterstützt deshalb die SGB-Volksinitiative, welche die AHV durch eine Erhöhung der Altersrenten stärken will.

Antrag der Geschäftsleitung: Die SP unterstützt die Lancierung der Initiative

TRAKTANDUM 6: BUDGET 2013

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Total Ertrag	5'638'273	4'604'000	4'324'579
Beiträge	1'976'400	1'962'000	1'959'100 ¹⁾
Mitgliederbeiträge	1'702'857	1'692'000	1'699'100
Solidaritätsbeiträge	273'543	270'000	260'000
Finanzbeschaffung	2'102'833	1'727'000	1'416'500 ²⁾
Mitgliederspenden	407'298	400'000	400'000
Freie Spenden	1'695'535	1'327'000	1'016'500
Verkaufserlös	166'319	131'000	156'000 ³⁾
übr. Ertrag	631'640	458'200	537'000 ⁴⁾
Auflösung Rückstellungen	761'081	325'800	255'979 ⁵⁾
Total Aufwand	5'634'773	4'598'585	4'323'500
Produktionsaufwand	240'335	307'000	442'500 ⁶⁾
Produktion Medien	178'852	225'000	311'000
Produktion Mailing (u.a. SP Frauen)	58'194	32'000	32'000
Produktion Neue Fundraisingprojekte	3'289	50'000	99'500
Warenaufwand	23'101	-	-
Personal- und Sozialversicherungsaufwand	2'795'891	2'387'226	2'255'400 ⁷⁾
übriger Personalaufwand	114'167	133'760	151'460 ⁸⁾
Raumaufwand	245'388	256'500	241'164 ⁹⁾
Unterhalt, Rep., Leasing	73'040	61'100	54'950 ¹⁰⁾
Sachversicherungen, Abgaben	4'878	4'500	4'900
Verwaltungsaufwand	317'322	435'500	371'350 ¹¹⁾
Informatikaufwand	100'532	84'500	94'000 ¹²⁾
Werbeaufwand	921'194	148'000	122'500 ¹³⁾
Übriger Parteiaufwand	344'124	453'700	379'075 ¹⁴⁾
Bildung Rückstellungen	412'545	184'000	94'000 ¹⁵⁾
Abschreibungen	60'973	144'800	113'200 ¹⁶⁾
Erfolg aus Finanzanlagen	4'191	-2'000	-1'000
Ausserordentlicher Erfolg	14'526	-	-
Ergebnis	3'500	5'415	1'079

Budget Kostenstellen 2013

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Partei	908'696	918'571	1'103'033 ¹⁷⁾
A100 Beiträge	1'960'159	1'946'000	1'943'100
A101 Spenden	423'515	400'000	400'000
A102 Sachaufwand Partei	-57'911	-96'000	-68'125
A103 Personal- u. Anteil GK	-1'112'083	-1'074'534	-857'931
A104 Parteitag	-44'688	-55'000	-
A105 DV	-92'496	-50'000	-81'500
A106 Politische Einzelaktionen	-47'223	-15'000	-13'000
A107 Reformprojekte	-	-30'000	-
A108 Parteiprogramm	-13'267	-	-
A109 Kunstausstellungen	192	-	-
A110 Spesen GL	-4'097	-5'000	-9'000
A111 Spesen Kommissionen	-7'434	-10'200	-5'700
A112 Entschädigung Präsidium inkl. Spesen	-71'821	-71'535	-71'520
A113 Spesen Vizepräsidium	-24'150	-20'160	-20'160
A114 Migrationspapier	-	-	-
A115 125 Jahre SP Schweiz - Jubiläum	-	-	-113'130
Bildung	-76'775	-107'556	-116'126 ¹⁸⁾
B100 Personal- u. Anteil GK	-34'996	-35'556	-70'376
B101 KoKo + Seki-Treffen	-18'426	-15'000	-6'750
B102 Themenanlässe (KST ehem. Seki-Treffen)	-	-	-
B103 Interne Bildung (KST ehem. Bildungsanl.)	-	-40'000	-24'000
B104 Projekt Nr. 1 - Junge Perspektiven	-8'906	-17'000	-15'000
B105 Projekt Nr. 2 - Wahlen	-14'447	-	-
60+	-	-20'000	-85'071 ¹⁹⁾
G100 Personal- u. Anteil GK	-	-	-34'071
G101 Sachaufwand Generationen	-	-20'000	-7'000
G102 Spesen Präsidium	-	-	-5'000
G103 Vorstand/Konferenzen	-	-	-24'000
G104 Themenanlässe/Kampagnen	-	-	-15'000

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
MigrantInnen	-	-	-30'000
H101 Sachaufwand MigrantInnen	-	-	-30'000
Juso	-154'029	-145'579	-168'448
J100 Personal- u. Anteil GK	-154'029	-145'579	-168'448
SP Frauen	-145'279	-148'526	-120'776
M100 Personal- u. Anteil GK	-90'878	-83'381	-91'292
M101 Mailing SP Frauen	16'015	-5'000	-1'500
M102 Sachaufwand SP Frauen	-1'368	-6'400	-6'100
M103 Spesen Frauen Präsidium	-15'241	-15'246	-15'383
M104 Frauenkonferenz	-	-10'000	-
M105 Frauenkoordination	-18'506	-10'000	-5'500
M106 Kampagnen	-33'692	-16'500	-
M107 Delegationen/wiss. Arbeiten	-1'609	-2'000	-1'000
Publikationen	-363'237	-383'120	-379'892
P100 links	-191'140	-214'649	-235'828
P101 socialistes.ch	-142'545	-138'471	-115'064
P107 PS Svizzera	-29'552	-30'000	-29'000
Kampagnen und Kommunikation	-1'015'092	-1'100'075	-866'861
K100 Personal- u. Anteil GK	-439'385	-477'075	-419'861
K102 Kampagnen	-227'689	-295'000	-155'500
K103 Abstimmungszeitungen	-	-	-93'000
K150ff Referenden	-	-215'000	-39'000
K160ff Initiativen	-114'863	-113'000	-159'500
K110 Ergebnis Wahlen 2011/2015	-233'155	-	-
Fundraising	849'103	991'701	665'219
F100 Personal- u. Anteil GK	-208'985	-207'958	-328'281
F102 Ertrag aus Sammelaktionen	1'175'632	1'314'000	1'087'500
F103 Neue Fundraisingprojekte	-117'544	-114'342	-94'000
Ergebnis Shop	113	-	-
Ergebnis	3'500	5'415	1'079

Finanz- und Investitionsplan 2013 – 2016

Finanzplan	Budget 2013	2014	2015	2016
Total Ertrag	4'324'579	4'183'300	4'983'300	4'168'300
Mitgliederbeiträge	1'959'100	1'958'300	1'968'300	1'958'300
Mitgliederbeiträge	1'699'100	1'698'300	1'698'300	1'698'300
Solidaritätsbeiträge	260'000	260'000	270'000	260'000
Finanzbeschaffung	1'416'500	1'564'500	1'674'500	1'564'500
Mitgliederspenden	400'000	400'000	400'000	400'000
Freie Spenden	1'016'500	1'164'500	1'274'500	1'164'500
Verkaufserlös	156'000	156'000	126'000	156'000
übr. Ertrag	537'000	489'500	774'500	489'500
Auflösung Rückstellungen	255'979	15'000	440'000	-
Total Aufwand	4'323'500	4'312'300	5'194'900	4'134'900
Produktionsaufwand	442'500	403'000	303'000	403'000
Produktion Medien	311'000	311'000	221'000	311'000
Produktion Mailing (Mitglieder)	32'000	42'000	32'000	42'000
Produktion Neue Fundraisingprojekte	99'500	50'000	50'000	50'000
Personal- und Sozialversicherungsaufw.	2'255'400	2'268'500	2'569'400	2'268'500
übriger Personalaufwand	151'460	152'000	162'000	152'000
Raumaufwand	241'164	252'000	252'000	252'000
Unterhalt, Rep., Miete/Leasing Mob./Masch.	54'950	74'000	74'000	74'000
Sachversicherungen, Abgaben	4'900	5'000	5'000	5'000
Verwaltungsaufwand	371'350	378'000	433'000	378'000
Informatikaufwand	94'000	94'000	94'000	94'000
Werbeaufwand	122'500	120'000	900'000	120'000
Übriger Parteiaufwand	379'075	290'000	290'000	290'000
Bildung Rückstellungen	94'000	150'000	-	-
Abschreibungen	113'200	127'300	114'000	99'900
Erfolg aus Finanzanlagen	-1'000	-1'500	-1'500	-1'500
Ergebnis	1'079	-129'000	-211'600	33'400
Investitionsplan				
Total Investitionen	204'100	140'000	100'000	85'000
Büromobiliar/-geräte	20'000	20'000	20'000	20'000
Büromobiliar/-geräte	20'000	20'000	20'000	20'000
Büromaschinen				
Einrichtung Spitalgasse	50'000	10'000	10'000	10'000
Erneuerungen	50'000	10'000	10'000	10'000
IT	29'100	20'000	40'000	30'000
Ersatz von PC, Laptop, Bildschirme				
Server				
Drucker	29'100	20'000	40'000	30'000
Netzwerk				
Admo	100'000	80'000	20'000	20'000
OM (Mitglieder- und Adressdatenbank)	100'000	80'000	20'000	20'000
Internet	5'000	10'000	10'000	5'000
Weiterentwicklung Homepage, Alfresco	5'000	10'000	10'000	5'000

Kommentar zum Budget 2013

Das vorliegende Budget 2013 ist ausgeglichen. Nachfolgend werden die einzelnen Positionen kommentiert.

Mitgliederbeiträge

Bei den Mitgliederbeiträgen wird von rund 31'200 Mitgliedern ausgegangen. Dies ist etwas mehr als der Bestand 2012.

Die Mitgliederbeiträge werden durch die Kantonalparteien zuverlässig in den vorgegebenen Zahlungsfristen überwiesen. Die Skonto-Gutschriften an die Kantonalparteien bleiben aufgrund dieser positiven Entwicklung praktisch unverändert.

Finanzbeschaffung

Die Mitgliederspenden werden seit 2010 wie die freien Spenden (Gönnerinnen und Gönner) netto verbucht. Nach den sehr erfolgreichen Jahren 2010 und 2011 fielen die Spendeneinnahmen im Jahr 2012 erheblich tiefer aus, als sie im Budget 2012 eingesetzt worden waren. Das Budget 2013 wurde entsprechend vorsichtiger erstellt und die Einnahmen wurden mit einer etwas tieferen Auflage der Mailingbriefe auf dem Niveau 2012 (IST) eingesetzt.

Die übrigen Spenden beinhalten 2013 Einnahmen aus dem Versand an Empfängerinnen und Empfänger des SP Frauen-Mailings. Nicht geplant ist ein Versand an die Sympathisantinnen und Sympathisanten, die die Publikationen links und socialistes.ch gratis erhalten.

Verkaufserlös

Die Erlöse aus dem Verkauf von Inseraten/Beilagen/Publikationen steigen gegenüber 2012 leicht an. Erstens aufgrund höherer Einnahmen für Inserate/Splittings beim links, zweitens, da drei Abstimmungszeitungen geplant sind.

Übriger Ertrag

Die Position beinhaltet einerseits Einnahmen, die am Jubiläumsfest durch Catering/ Standvermietung/Festabzeichen generiert werden, andererseits die Unterstützungsbeiträge von Standortgemeinden und -kantone an Apéros der Delegiertenversammlungen. Die Abgeltung der Fraktion für Gemeinkosten sowie die Leistungen der Generalsekretärinnen, des Medienverantwortlichen, der politischen Sekretärin für die Gleichstellung und der Finanzverantwortlichen steigt gegenüber dem Vorjahr, da der

Umlageschlüssel für die Gemeinkosten aufgrund der höheren Stellenprozente in der politischen Abteilung angepasst wurde.

Auflösung Rückstellungen

Bestehende Rückstellungen für die Mitgliederverwaltung, Sanierung der Büroräumlichkeiten und IT werden nicht wie vorgesehen 2012, sondern erst 2013 aufgelöst, da in diesen Bereichen Investitionen geplant sind. Im Weiteren werden rund 210 000 Franken Rückstellungen im Rahmen des Fundraisings aufgelöst. Einerseits für neue Fundraisingprojekte wie der Aufbau des Legatewesens und andererseits für die Investition in Fremdadressen.

Produktionsaufwand

Die Produktionskosten für links, socialistes.ch und ps.ch bleiben unverändert. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aufgrund der geplanten drei Abstimmungszeitungen.

Die Kosten „Produktion Neue Fundraisingprojekte“ enthalten die Aufwendungen für das E-Fundraising sowie die Erarbeitung und den Druck eines Testament-Ratgebers und die Massnahmen in diesem Zusammenhang.

Personalaufwand und Sozialversicherungsaufwand

Gegenüber dem Budget 2012 erhöhen sich die Stellenprozente des gesamten Zentralsekretariats um rund 110% auf 2151%. Die Löhne erhöhen sich dadurch um rund 150 000 Franken.

Durch die Neubesetzung einer Stelle insbesondere für Übersetzungen und die Stellvertretungen im Rahmen eines Sabbaticals steigen die Stellenprozente in der politischen Abteilung um rund 60%. Die Erhöhung des Stellenetats für die Übersetzungen rechtfertigt sich durch die Absicht, mehr Übersetzungen intern zu machen. Entsprechend sind die Honorare für externe Übersetzungen erheblich tiefer budgetiert. Zudem soll auf Simultanübersetzungen an verschiedenen Anlässen aus Spargründen verzichtet werden. Auch die Honorare Dritter sind gegenüber dem Vorjahr um rund 90 000 Franken tiefer. Dies ist durch die Etappierung und Priorisierung von Projekten begründet.

Erhöhungen ergeben sich des Weiteren durch die Einsetzung einer Projektleitung für das Jubiläumfest sowie die Stellvertretung einer Mitarbeiterin im Mutterschaftsurlaub. Im Gegenzug sinken die Stellenprozente in den Abteilungsleitungen/Generalsekretariat und im Fundraising.

In der Personalverrechnung sind die Fraktionslöhne sowie die Löhne für das Kampateam und den Vize-Generalsekretär der Juso enthalten.

Der Sozialversicherungsaufwand steigt um rund 30'000 CHF proportional zur Erhöhung der Löhne.

Übriger Personalaufwand

Die Spesenentschädigungen wurden aufgrund der neuen Gremien um rund 13 000 Franken höher eingesetzt. Die übrigen Positionen sind praktisch unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Raumaufwand

Gegenüber dem Vorjahr sind die Kosten um rund 14 000 Franken tiefer. Dies vor allem durch tiefere Aufwendungen für die Miete auswärtiger Räumlichkeiten. Die Etappierung und Verschiebung einzelner Projekte bringt hier Einsparungen.

Unterhalt, Reparaturen, Leasing

Diese Position beinhaltet u.a. die Miete für die Technik verschiedener Anlässe (2013: 3 DVs). Der gesamte Sachaufwand für das Jubiläumsfest ist vorderhand unter der Position „übriger Veranstaltungsaufwand“ berücksichtigt, da noch kein Detailbudget vorliegt. Die effektiven Aufwendungen werden sachgerecht ausgewiesen werden und auch unter dieser Position erscheinen.

Verwaltungsaufwand

Der gesamte Verwaltungsaufwand sinkt um rund 63 000 Franken. Die grösste Abnahme verzeichnen die Drucksachen, die durch die Etappierung und Verschiebung einzelner Projekte Einsparungen erreicht werden konnte.

Informatikaufwand

Der Informatikaufwand steigt um rund 10 000 auf rund 94 000 Franken. Die Erhöhung ergibt sich insbesondere durch den Aufbau einer elektronischen Archivierungslösung.

Werbeaufwand

Die freien Spenden finanzieren zuerst die internen Lohn- und Gemeinkosten des Fundraisings (Fundraising-Gestehungskosten) und die Lohn- und Gemeinkosten der Kampagnenabteilung. Die verbleibenden Mittel werden für die eigentliche Kampagnenarbeit verwendet. Im Werbeaufwand sind insbesondere die voraussichtlichen Kosten für Inserate- und Plakatekampagnen für Abstimmungen, Referenden und Initiativen enthalten. Die Konkretisierung

dieser Ausgaben wird im Rahmen der Kampagnenplanung der GL vorgelegt werden. Der Werbeaufwand sinkt im Vergleich zum Vorjahr.

Übriger Parteiaufwand

Aufgrund der tieferen Fundraising-Einnahmen und in Anlehnung an die Vereinbarung mit den Kantonalparteien aus dem Jahr 2009, wird 2013 lediglich der ungebundene Teil der Beiträge an die Kantonalparteien ausgeschüttet. Im Weiteren wird mit tieferen Beiträgen an Komitees und Trägervereine gerechnet. Der übrige Veranstaltungsaufwand beinhaltet die gesamten Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem Jubiläumsfest. Sobald ein detailliertes Budget dafür vorliegt, wird dieses auf die sachlich korrekten Positionen aufgeteilt.

Rückstellungen

Für neue Fundraisingprojekte werden 94 000 Franken zurückgestellt.

Abschreibungen

Die Abschreibungen sinken gegenüber 2012, da mit geringeren Investitionen im Bereich Internet und für die Renovation der Büroräume gerechnet wird.

Kostenstellen

Die Kosten für Zentrale Dienste, d.h. Personalkosten Administration, Miete Büroräumlichkeiten, Unterhalt/Reparaturen/Ersatz Büromaterial und -mobiliar, Sachversicherungen und allgemeine Verwaltungskosten wie Büromaterial, Fotokopien, Telefon, Porti sowie die Informatikaufwendungen und Abschreibungen, fallen 2013 um insgesamt rund 150 000 Franken tiefer aus als im Vorjahresbudget. 70 000 Franken davon sind jedoch Rückstellungen für die Wahlen 2015, welche im Budget 2012 noch unter der Kostenstelle Zentrale Dienste ausgewiesen waren. Die Kosten werden im Verhältnis der Lohnkosten auf die Hauptkostenstellen umgelegt. Wo keine Pensenerhöhungen vorgesehen sind, fallen dadurch die Aufwendungen in den Kostenstellen Personal- und Anteil Gemeinkosten tiefer aus als im Vorjahr.

Partei

Die Beiträge sind gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

Der Sachaufwand Partei ist tiefer als bisher. Einerseits werden Beiträge an Organisationen gekürzt, andererseits wird der Mitgliederbeitrag an die PES neu je zur Hälfte durch die SP Schweiz und die Fraktion getragen.

2013 sind drei Delegiertenversammlungen vorgesehen.

Die Position „125 Jahre SP Schweiz – Jubiläum“ umfasst sämtliche Personal- und Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem Jubiläumsfest. Insbesondere sind Einnahmen von 50 000 Franken budgetiert, welche Kosten von rund 162 000 Franken gegenüberstehen.

Bildung

Das Bildungsbudget sieht eine leichte Erhöhung vor. Die ursprünglich zahlreichen Massnahmen im Bildungsbereich wurden priorisiert und etappiert.

60+

Aufgrund des Beschlusses der Delegiertenversammlung vom 1. Dezember 2012 in Thun ist für den Aufbau einer nationalen Struktur für Mitglieder über 60 ein Gesamtbudget von rund 85 000 Franken eingesetzt. Darin enthalten ist die Finanzierung von Stellenprozenten, von Themenanlässen und Kampagnen.

MigrantInnen

Anlässlich des Parteitags vom 8./9. September 2012 in Lugano wurde die Geschäftsleitung beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit dem provisorischen Vorstand der „SP MigrantInnen“ alle erforderlichen Massnahmen zum Aufbau einer neuen Struktur zu ergreifen. Für Aufwendungen in diesem Zusammenhang und/oder die Planung einer Konferenz sind im Budget 2013 30 000 Franken vorgesehen.

JUSO

Die SP Schweiz trägt die Personalkosten für die Generalsekretärin der Juso und bezahlt den Bruttolohn des Juso-Präsidenten. Im Weiteren trägt die SP Schweiz die gesamten anteiligen Gemeinkosten der Mitarbeitenden der Juso. 2013 fallen diese höher aus, da die Juso von Mitte 2012 bis Mitte 2013 zusätzliche Personen im Kampateam für die Spekulationsstopp-Initiative beschäftigt. Die Unterstützung an die Juso beträgt 18 000 Franken gegenüber 25 000 Franken im 2012.

SP Frauen

Das Budget liegt rund 19% unter demjenigen von 2012. Die SP Frauen planen die Kampagnen durch Drittmittel zu finanzieren.

Publikationen

Die Gesamtkosten der Publikationen links (9 Ausgaben), socialistes.ch (6 Ausgaben) und ps.ch (4 Ausgaben) sind leicht tiefer als im Budget 2012. Minderaufwendungen bei den Honoraren u.a. durch einen neuen Vertrag mit dem Medienmakler werden durch Tarifierhöhung der Post praktisch kompensiert.

Kampagnen und Kommunikation

Die tieferen Personalkosten (inkl. Anteil Gemeinkosten) ergeben sich insbesondere durch die Neubesetzung der Abteilungsleitung durch eine Person anstelle der bisherigen Co-Leitung.

Im Kampagnenaufwand sind u.a. die Beiträge an die Kantonalparteien aus den Fundraising-Mitteln enthalten. 2013 sind 3 Abstimmungszeitungen geplant. Die übrigen Aufwendungen sind vorgesehen für Abstimmungskampagnen, Referenden und allenfalls die (Mit-)Lancierung einer Initiative. Im Rahmen der Überarbeitung des Budgets 2013 wurden die Projekte für Kampagnen, Referenden und die Lancierung einer Initiative stark gekürzt. Zeigt sich im Verlauf des Jahres eine nachhaltige Verbesserung in den Fundraising-Einnahmen, werden zusätzliche Mittel in erster Linie in Kampagnen fliessen. Die Verwendung dieser Mittel werden im Rahmen von Budgetnachträgen den zuständigen Organen zur Genehmigung vorgelegt werden.

Fundraising

Die tieferen Fundraising Einnahmen 2012 führten im Budget 2013 zu einer Anpassung des Fundraising-Budgets gegenüber dem Finanzplan 2013. Die geplante Gesamtauflage der traditionellen Mailingbriefe ist weniger hoch als 2012. Die Bruttoeinnahmen wurden 2013 entsprechend tiefer eingesetzt. Die per Anfang 2012 besetzte Stelle zur Weiterentwicklung des Fundraising wird ab 2013 im ordentlichen Budget geführt. Die zusätzliche Stelle von 20% zur Betreuung der Mitglieder der Gruppe 2015 wird auch 2013 noch über die bestehenden Rückstellungen für neue Fundraisingprojekte finanziert. Der Ausbau der E-Newsletter sowie die Erarbeitung eines Ratgebers Erbschaften ergänzen die traditionellen Mailingbriefe im Fundraising.

Finanz- und Investitionsplan 2013-2016

Gegenüber dem Budget 2013 werden die Planjahre 2014 und 2016 praktisch gleich fortgeschrieben. Bei den Mitgliederbeiträgen wird weiterhin von einer Stabilisierung auf dem heutigen Niveau ausgegangen. Die Fundraising-Einnahmen werden in beiden Jahren leicht höher geplant als im 2013. Gegenüber 2013 entfällt das Jubiläumsfest, dagegen finden in den Jahren 2014 und 2016 ordentliche Parteitage statt. In beiden Jahren wird praktisch ohne Auflösung von Rückstellungen gerechnet. 2014 ist die Bildung einer Rückstellung von 150 000 Franken für die Wahlen 2015 geplant. Das Planjahr 2014 schliesst mit einem Defizit von 129 000 Franken, das Planjahr 2016 ausgeglichen.

Im Planjahr 2015 ist für die Wahlen ein Budget von rund 1 400 000 Franken eingesetzt. Die Fundraising-Einnahmen sind im Wahljahr in Anlehnung an das Wahljahr 2011 höher eingesetzt als im 2014 und 2016. Das Planjahr schliesst mit einem Defizit von rund 210 000 Franken.

Die im 2012 geplanten Investitionen für die Mitglieder- und Adressdatenbank verschieben sich in das Jahr 2013. Die weiteren Investitionen in der Mitgliederverwaltung verschieben sich damit auch um ein Jahr. Ebenfalls wurden im 2012 keine grösseren Investitionen in die Erneuerung der Räumlichkeiten des Zentralsekretariats getätigt. Für 2013 wird dafür ein geringerer Betrag vorgesehen. Im 2013 sowie in den Folgejahren sind Investitionen für den altersbedingten Ersatz von PCs, Laptops und Druckern eingesetzt. Zudem sind Investitionen für die Weiterentwicklung der Homepage vorgesehen.

TRAKTANDUM 7: PAROLENFASSUNG 9. JUNI 2013

- I. Initiative «Volkswahl des Bundesrates»**
- II. Referendum gegen das Epidemiengesetz**
- III. Referendum gegen das Asylgesetz**

Folgende Abstimmungen kommen voraussichtlich am 9. Juni 2013 zur Abstimmung (Bundesratsentscheid noch nicht erfolgt):

- a) Initiative «Volkswahl des Bundesrates»
- b) Referendum gegen das Epidemiengesetz
- c) Referendum gegen das Asylgesetz

Die Geschäftsleitung behandelt die Anträge zu den Abstimmungsvorlagen in ihrer Sitzung vom 15. Februar 2013. Diese werden in der Tischvorlage für die Delegiertenversammlung am 2. März in Solothurn nachgereicht und am Dienstag, 26. Februar 2013 ab 17.00 Uhr im Internet veröffentlicht.

(www.spschweiz.ch/dv)

TRAKTANDUM 8: RESOLUTIONEN UND WEITERE ANTRÄGE

R-1: Resolution SP Appenzell Innerrhoden:

**Schaffung eines Menschenrechts auf Arbeit in der eigenen Heimat
(wurde an der DV in Thun verschoben)**

„Die Sozialdemokratische Partei fordert den Bundesrat auf, sich für die Schaffung eines Menschenrechts auf Arbeit in der eigenen Heimat einzusetzen.“

Die SP Kanton Appenzell Innerrhoden (SP AI) hat an ihrer Parteiversammlung vom 24. November 2012 diese Resolution einstimmig angenommen und entschieden, sie der DV der SP Schweiz vom 1. Dezember 2012 zur Abstimmung vorzulegen.

Begründung

«Steine der Heimat sind weicher als Watte im Ausland.» Dieses Sprichwort aus dem Kosovo, einem Land im Schatten der Welt, zeigt auf, dass viele MigrantInnen nicht aus freiem Willen auswandern. Gründe wie Armut und Arbeitslosigkeit führen häufig zu Perspektivenlosigkeit. Je grösser die Kluft zwischen armen und reichen Staaten ist, umso stärker sind in den benachteiligten Gebieten die Migrationsbedürfnisse.

Im Jahre 2011 hat das Meinungsforschungsinstitut Gallup¹ in einer Studie erhoben, dass weltweit drei Milliarden Erwerbstätige einen anständigen Job wollen. Dem gegenüber steht ein globales Angebot von 1,2 Milliarden Arbeitsstellen. Rund 25 Millionen Menschen im EU-Raum sind arbeitslos. Bei den Jugendlichen ist die Situation besonders Besorgnis erregend. Jeder fünfte erwerbsfähige junge Mensch unter 25 Jahren ist ohne bezahlte Arbeit. In Ländern im Schatten Europas steigt die Jugendarbeitslosigkeit gegen 50 Prozent. Gemäss aktuellen Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)² sind die Zahlen weltweit steigend. Es ist empörend, wie mit den menschlichen Ressourcen der Zukunft umgegangen wird. Die berufliche Zukunftsperspektive vieler Jugendlicher wird zerstört, bevor sie überhaupt je eine Chance hatten, sich zu bewähren.

Die Sozialdemokratische Partei fordert Politik und Wirtschaft zum Handeln auf. Wenn sie arme Regionen ausbeuten, indem sie ihnen beispielsweise

¹ Tages Anzeiger, 10.04.2012, S.9: «Der real existierende Kapitalismus» (Philipp Löpfe)

² NZZ, 22.05.2012, S.23: «Ohne Arbeit und Perspektive» (Richard Bauer)

<http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsnachrichten/ohne-arbeit-und-perspektive-1.16974425>

steuerfrei Rohstoffe entziehen, durch Steuervermeidungspraktiken Gelder stehlen, Arbeitskräfte zu unfairen und unmenschlichen Bedingungen anstellen und wirtschaftliche Fehlanreize in den schon hoch entwickelten Staaten schaffen, rauben sie armen Ländern die Chance auf Entwicklung und vergrössern die Ungleichheit zwischen Gesellschaften.

Die SP ist überzeugt, dass es keine Arbeitslosigkeit gibt, wenn die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger diese nicht wollen. Deshalb setzt sie sich ein, dass weltweit Voraussetzungen für Arbeitsplätze und faire Arbeitsbedingungen eingefordert und geschaffen werden.

Ein Menschenrecht auf Arbeit³ existiert bereits. Mit der Schaffung **eines Menschenrechts auf Arbeit in der eigenen Heimat** steigen Chancen und Verbindlichkeiten für eine Existenzgrundlage der Menschen im eigenen Land. Dies trägt zur Verkleinerung des Gefälles zwischen reichen und armen Staaten bei, wodurch Wanderbewegungen auf der Suche nach Perspektiven abnehmen.

Diese Resolution unterstützt eine ganzheitliche Sichtweise in der Migrationspolitik und verleiht einer Politik des Ausgleichs wie auch der Verteilungsgerechtigkeit Gewicht.

Stellungnahme der GL: Annahme im Sinne der decent-work-Agenda der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO = ILO).

³ UNO-Resolution 217A (III), 10.12.1948, Artikel 23
<http://www.un.org/depts/german/grunddok/ar217a3.html>

NOTIZEN

